

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: Hensch, Otte, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.  
Druck und Versand Joh. van Nieu, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.  
Telefon: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastr. 7, Fernruf 4423, Telegr: Textilverband Düsseldorf.

## Was ist Mut?

Der Mut ist der Lebensnerv aller unserer besten Eigenschaften; sie verkümmern ohne ihn. Prüfen, Nachdenken, Berechnen, Wägen sind wichtige Handlungen, ganz sicher! Aber dann heißt's: Sich entscheiden und handeln, ohne viel umzusehen, woher der Wind weht und welche Wolken vorüberziehen!

Bei den alten Helden herrschte im Begriff Mut der Gedanke der körperlichen Kraft und Stärke vor, in der modernen Welt aber der Gedanke der sittlichen Kraft, der duldbenden Liebe und der unbeugsamen Standhaftigkeit. Auch der körperlich Schwache, der seine Leiden trägt, hat Mut; ja, den vollständigen herrlichen Inhalt alles dessen, was uns das Wort Mut besagt. So hat Mut nichts mit der Stärke der „Fäuste“ zu tun, nichts mit der Abgestumpftheit der Nerven, sondern mit Seelengröße.

Mut ist eben keine Körperliche, sondern eine sittliche Tugend. Er ist also nichts weiter als jene Eigenschaft des Herzens, die an dem für wahr und gut Erkannten festhält, auch wenn es Opfer kostet. Diese Opfer auf sich nehmen, mögen sie körperliche Schmerzen darstellen, mögen sie Ertragung von Verachtung, von Zurücksetzung, von Hohn und Spott bedeuten, macht die Betätigung des Mutes aus.

Mut hat der organisierte Arbeiter, der den christlichen Gewerkschaften treu bleibt, auch wenn die freien Gewerkschaften ihn darob drangsalieren und verfolgen, der überall und unter allen Umständen die Fahne des Verbandes hochhält.

Mut hat jeder Arbeiter, der in der Versammlung seine Kollegen auch mal auf ihre Fehler aufmerksam macht, auf die Fehler des Arbeiterstandes überhaupt, der sich und andere an pflichttreue Arbeit erinnert, der den rauhen Ton, die persönlichen Angriffe und Tölpelereien einzudämmen sucht und der allen Untugenden und üblen Leidenschaften unter seinen Berufskollegen entgegenarbeitet.

## Das ist Mut,

denn das heißt Pflichtbewusstsein haben und dieses Pflichtbewusstsein betätigen, allenthalben, überall, was es auch immer kosten möge. — Stehe zu, der du auf deine Manneswürde stolz bist, ob du diesen Mut dein eigen nennest!

## Erschreckende Ziffern über die Ernährungslage Deutschlands.

Die deutsche Reichsregierung hat dem Reichstag über die Verhandlungen in Spa mit den Vertretern der alliierten Mächte ein Weißbuch vorgelegt. Das darin auf Seite 96 u. f. S. veröffentlichte Material über die Ernährungslage Deutschlands, das einen Einblick gewährt in die derzeitigen geradezu trostlosen Zustände unseres Vaterlandes, ist für uns Gewerkschaftler in mehrfacher Hinsicht von großem Werte. Zunächst wird darin festgestellt, daß die Ernährung des deutschen Volkes anstatt eine Besserung nach dem Kriege erfahren zu haben, gegenwärtig sogar erheblich verschlechtert worden ist. Erschütternde Angaben werden gemacht über die Sterblichkeit der noch im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder. Millionen deutscher Kinder sind in den nächsten Jahren dem Untergang geweiht, wenn nicht baldigt für bessere Ernährung gesorgt werden kann. Einem immer mehr wachsenden Teile der Bevölkerung ist es unmöglich, die auf Karten ausgegebenen Lebensmittel sämtlich ab-

zunehmen, da der Preis die Kaufkraft der Bevölkerung übersteigt. Nur Wucherer, Kriegs- und Revolutionsgewinnler sowie Schieber aller Art sind in der Lage, die Phantasiereise für alle Bedarfsartikel zahlen zu können. Wir bemerken ausdrücklich, daß es sich bei den von uns nachstehend zum Abdruck gebrachten Angaben um amtliches Material der deutschen Reichsregierung handelt, das darum wohl Anspruch auf Genauigkeit machen und unsern Vertretern bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern wertvolle Dienste leisten kann. Mit den darin enthaltenen Gründen läßt sich treffend begründen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von einem Abbau der Löhne nicht im entferntesten die Rede sein kann. In dem Weißbuch wird u. a. ausgeführt:

Infolge der außerordentlichen Schwierigkeiten während des Krieges, des Mangels an Arbeitskräften, Düngemitteln usw., ist die Anbaufläche für die wichtigsten Kulturarten, wie Brot- und Futtergetreide, Kartoffeln und Zuckerrüben, stark zurückgegangen und gleichzeitig der Ertrag der Flächeneinheit erheblich gesunken. Der Ernteertrag pro Hektar sank in dem Zeitraum 1913 bis 1919 für

Brotgetreide	um 21 v. H.
„ Futtergetreide	„ 25 „
„ Kartoffeln	„ 31 „
„ Zuckerrüben	„ 30 „

Die Gesamterntemenge in Deutschland nach den neuen Grenzen verminderte sich in dem Zeitraum 1913 bis 1919

	Millionen t	Millionen t
bei Brotgetreide von rund	13,3	auf 8,2
„ Kartoffeln „ „	40,3	„ 21,4
und „ Zuckerrüben „ „	12,9	„ 5,8

Als besonders erschwerendes Moment kommt hinzu, daß durch die Abtretung landwirtschaftlicher wertvoller Gebiete, besonders im Osten, für die Ernährungswirtschaft Deutschlands (nach Abzug der Mehrzuweisungen an abgetretene Zuchtsgebiete des Westens) sehr erhebliche landwirtschaftliche Ueberschüsse verloren gegangen sind.

Diese Ueberschümmen hätten bei Getreide genügt, um rund 3,8 Millionen Personen mit der heutigen Mehlration, bei Kartoffeln rund 3,4 Millionen Personen mit der Kartoffelration und bei Zucker rund 5,6 Millionen Personen mit der heutigen Zuckerration auf ein Jahr lang zu versorgen.

In dem Zeitraum 1913 bis 1919 sank der Bestand an Rindvieh von rund 18 Millionen auf 16,5 Millionen, die Zahl der Milchkuhe von 9,1 Millionen auf 7,6 Millionen, die Zahl der Schweine von 18,5 Millionen auf 11,5 Millionen, d. h. also um nicht weniger als 41 v. H. Der gewaltige Rückgang des Schweinebestandes ist um so empfindlicher für die Ernährung, als das Schwein immer in erster Linie, und zwar bis zu 65 v. H. der Träger der Fleisch- und Fettversorgung für die deutsche Bevölkerung war.

Der Jahresmilchertrag einer Kuh ging von 2700 Liter im Jahre 1913 auf 1200 Liter im Jahre 1919 zurück. Insgesamt ergibt sich in dem Zeitraum 1913 bis 1919 die gewaltige Verminderung des Gesamtmilchertrags pro Jahr von 24,4 Milliarden Liter auf 9 Milliarden Liter.

Schließlich ist das Schlachtgewicht bei Kindern, Schweinen und Schafen um 50 bis 50 v. H. gesunken.

Als Gesamtergebnis verfügt daher die deutsche Bevölkerung heute über ein wesentlich verringertes Quantum an pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln heimischer Erzeugung. Deutschland ist daher gezwungen, die im Kriege eingeführte Rationierung noch für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel fortzuführen. Die Rationen müssen aber so knapp bemessen werden, daß sie nur etwa die Hälfte des täglichen Kalorienmindestbedarfs eines erwachsenen Menschen decken.

Da Deutschland bis heute noch nicht in die Lage versetzt worden ist, die fehlenden Lebensmittel in dem erforderlichen Umfang aus dem Ausland einzuführen, so ergibt sich die traurige Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung noch immer in einem Zustand starker Unterernährung sich befindet, die weiterhin ihre erschreckenden Opfer fordert. Die Zahl der Lebendgeborenen in 365 Orten mit rund 25 Millionen Einwohnern betrug im Jahre 1919 nach dem vorliegenden amtlichen Mate-

rial 459 758 gegen 633 815 im Jahre 1913. In Preußen starben an Kindern im Alter von 1 bis 5 Jahren

im Jahre 1914	52 924
im Jahre 1918	67 369

obwohl die Geburtenziffer während dieser Kriegsjahre sich um etwa 40 v. H. verringert hatte. In Mecklenburg-Schwerin, einem Agrarstaate, betragen dieselben Ziffern

im Jahre 1914	544
im Jahre 1918	1040

An Kindern im Alter von 5 bis 15 Jahren starben in Preußen

im Jahre 1914	25 730
im Jahre 1918	50 391

in Mecklenburg-Schwerin

im Jahre 1914	360
und im Jahre 1918	819

Diese erschütternde Vermehrung der Sterblichkeit der im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder ist ganz zweifellos dem Mangel an Milch und anderen eiweiß- und fetthaltigen Nahrungsmitteln zur Last zu legen. Die Besserung unserer Milchproduktion wird aber durch die Milchviehabgabe an Frankreich und Belgien gehemmt.

In den oben erwähnten 365 Orten mit einer Bevölkerung von 24 600 000 Einwohnern starben 1913 von je 10 000 = 15,7 an Tuberkulose, 1919 = 27,1, d. h. 11,4 mehr.

Wie so einerseits das heranwachsende Geschlecht in seiner Jugendkraft verwüdet wird, so gestattet andererseits der Zustand der chronischen Unterernährung der erwachsenen Bevölkerung nicht, ihre volle Arbeitsfähigkeit wieder zu erlangen. Die Folge ist die Unmöglichkeit, die gegenwärtigen, durchaus unzureichenden Leistungen in Industrie und Bergbau zu steigern. Gerade aus den Vergarbeiterkreisen häufen sich in der letzten Zeit die Klagen über die durchaus unzureichende Ernährung, besonders auch deswegen, weil wir z. B. gezwungen waren, dem Brotmehl bis zu 80 v. H. Streckungsmittel beizufügen und auch die Qualität des für die Kranken bestimmten Brotes zu verschlechtern. Dieser Zustand muß bei aller Bereitwilligkeit der Arbeiter zur Arbeitsleistung infolge physischer Unmöglichkeit zu einem neuerlichen Sinken der Kohlenförderung führen.

Hierzu kommt, daß die schwierige Lage, in der sich augenblicklich die deutsche Industrie befindet, es einem wachsenden Teile der Bevölkerung unmöglich macht, die auf Karten ausgegebenen Lebensmittel sämtlich abzunehmen, da der Preis die Kaufkraft der Bevölkerung übersteigt, obwohl das Reich einen Teil der Lebensmittel verbilligt. Die augenblicklich ausgegebenen Wochenrationen, die einschließlich Hülsenfrüchten, Zucker, Marmelade und künstlichem Kaffee einen Kalorienwert von etwa 12 600 haben, kommen auf 101,04 M. zu stehen, während sie vor sechs Jahren 7,77 M. kosteten. Eine Verbilligung in höherem Maße, wie es bisher durch die Deutsche Regierung geschehen ist, ist mit dem Stande der deutschen Finanzen nicht vereinbar. Es muß vielmehr mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, die Verbilligung der Lebensmittel auf öffentliche Kosten überhaupt unnötig zu machen.

So muß festgestellt werden, daß die Ernährung des deutschen Volkes anstatt eine Besserung nach dem Kriege erfahren zu haben, gegenwärtig sogar erheblich verschlechtert worden ist. Die Lage ist heute tatsächlich so, daß die Bevölkerung stark unterernährt ist, die ihr dargereichten Rationen durchaus unzureichend sind, daß aber auf der anderen Seite die große Masse des Volkes außerstande ist, sich auch nur diese unzureichenden Rationen zu kaufen.

Die Möglichkeit, die deutsche Landwirtschaft wieder zu ihrer früheren Leistungsfähigkeit zurückzubringen, ist noch sehr beschränkt, und so ergibt sich für Deutschland die unbedingte Notwendigkeit, für die Wiederherstellung normaler Ernährungsverhältnisse die tatkräftige Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen. Ohne ausländische Unterstützung ist Deutschland nicht in der Lage, sein Volk ausreichend zu ernähren, es damit von seiner großen, politischen Unruhe begünstigenden Nervosität zu befreien und damit die Quelle

aller seiner Schwierigkeiten zu beheben. Es genügt aber nicht, daß das Ausland Deutschland größere Mengen von Lebensmitteln zuführt, sondern es muß dies auch unter Bedingungen geschehen, die es dem deutschen Volke tatsächlich ermöglichen, die Lebensmittel zu bezahlen.

Um ferner die heimische Erzeugung nachdrücklicher fördern zu können, muß Deutschland die Einfuhr von Rohphosphat, von Schwefelkies und von Futtermittel zur Wiederherstellung seines Viehstandes ermöglicht werden.

Unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Umstände, nämlich der Verminderung der Anbaufläche, der Erntemengen, des Ausfalls der diesjährigen Ernte, beziffert sich der Einfuhrbedarf Deutschlands für das nächste Wirtschaftsjahr auf

- 2 000 000 t Brotgetreide,
- 2 000 000 t Futtermittel,
- 750 000 t Delfrüchte,
- 180 000 t Fleisch und Speck,
- 144 000 t Fett,
- 500 000 t Fische,

ferner 500 000 t Rohphosphat und die zu seiner Aufschließung notwendige Menge von 350 000 t Schwefelkies im Gesamtwert von 3 403 600 000 Goldmark.

Die befriedigende Regelung der Ernährungsfrage in Deutschland ist und bleibt die erste und wesentlichste Voraussetzung für den Erfolg aller anderen Maßnahmen zur Hebung der Leistungsfähigkeit Deutschlands.

### Unsere Verbandsaktionen.

Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht durch die Kollegen oder Kolleginnen Anfragen an die Zentralleitung gestellt werden über diesen oder jenen Fall, der ihnen als Vorstandsmitglied oder Vertrauensleute des Verbandes passiert ist. Sich Aufklärung zu holen bei der Zentralleitung in gewerkschaftlichen Dingen ist das gute Recht aller Mitglieder und kann nur zum Besten unserer Sache sein. Es ist im Interesse der Bewegung dringend zu wünschen, daß Mitglieder und Zentralleitung in engerer Fühlung miteinander stehen und daß die Mitglieder ihre Erfahrungen, die sie in ihrer Tätigkeit als Vertrauensleute, Vorstände oder gewöhnliche Mitglieder sammeln, der Leitung mitteilen. Wissen sie diesen oder jenen Fall aus unserem Verbandsstatut nicht zu handhaben, dann sollen sie sich Aufklärung holen, an der Zentrale oder beim Bezirks- oder Lokalbeamten. Die Zentralleitung wird jedesmal mit Freuden die gewünschte Auskunft geben.

Aus den verschiedensten Fragestellungen kann man zum aber die Erfahrung machen, daß manche Mitglieder die Verbandsstatuten nur recht mangelhaft kennen. Es kommen Fragen aus den Mitgliederkreisen, auf die man sich bei Kenntnis unserer Satzungen selbst die Antwort mit Leichtigkeit geben könnte. Es ist Tatsache, daß die Bestimmungen unseres Verbandsstatuts viel zu wenig bei den Mitglieder-versammlungen besprochen werden. Und doch ist es dringend notwendig, daß alle Mitglieder mit denselben genau vertraut werden; ganz besonders aber darf keiner Vertrauensperson oder Vorstandsmitglied die Kenntnis derselben abgehen. Keine Ortsgruppenleitung sollte es darum versäumen, auch hin und wieder die Verbandsstatuten auf den Mitglieder-versammlungen zur Besprechung vorzunehmen.

Die Aufgaben, die Leistungen und die Organisation unseres Verbandes können am wirksamsten an der Hand der Statuten Vorgelegt werden. Wie oft kommen nicht die Vertrauenspersonen im Verkehr mit den Mitgliedern in die Lage, Aufklärung geben zu müssen über Kranken-

Sterbe-, Maßregelungs- oder Streikunterstützung. Für sie ist genaue Kenntnis der Bestimmungen unseres Statuts eine unbedingte Notwendigkeit.

Manche Kollegen und Kolleginnen sind schon aus dem Verbands getreten, weil sie sich in ihren Rechten gekürzt meinten. Jener Kollege weiß nicht, was im Sinne unseres Statuts Maßregelung ist; dieser nicht, daß Anspruch auf Krankengeld eine einjährige Karenzzeit zur Voraussetzung hat. Wann der Verband Umzugsunterstützung, Rechtschutz usw. gewährt, ist ebensowenig allen Mitgliedern bekannt. Und kommt nun jemand in die Lage, daß der Zentralvorstand ihm eine beantragte Unterstützung ablehnen muß, weil sie laut statutarischen Bestimmungen nicht bewilligt werden konnte, dann kehrt er in seiner verärgerten Stimmung dem Verbands den Rücken. Was einem statutarisch zusteht, das zu ergründen haben viele Mitglieder niemals für notwendig gehalten, ebensowenig sie verstehen können, daß der Zentralvorstand bei seinen Entscheidungen an dem durch die Mitglieder festgelegten Statut gebunden ist. So wird leicht durch Außerachtlassung einer gründlichen Erklärung der Verbandsstatuten eine Gegnerschaft großgezogen.

Andererseits ist eine genaue Kenntnis der Statuten notwendig zur Verwirklichung derselben. In der gewerkschaftlichen Praxis kann man so viele Fälle erleben, für die unsere Satzungen bisher noch keine vollständige Regelung gefunden haben. Wie mannigfaltig sind nicht die Erfahrungen, die unsere in der Agitation als Vorstände und Vertrauensleute stehende Mitglieder machen? Nur aus diesen Erfahrungen heraus kann unser Statut vollkommener gemacht werden zum Besten der Mitglieder und des Verbandes. Gleich etwas Fertiges zu schaffen ist nicht möglich, alles muß werden, muß sich entwickeln aus der tagtäglichen Praxis. Nur der aber kann die Mängel einer Einrichtung kennen, wenn er die Einrichtungen selbst gründlich kennt. Mögen darum die Kollegen und Kolleginnen in ihrem eigenen Interesse wie im Interesse des Verbandes ein gründliches Studium der Verbandsaktionen nicht versäumen.

### Eine beachtenswerte Entscheidung für Betriebsräte

wurde in der Streitfrage des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen die Firma Gebr. Voigtlaender, Welsch, gefällt. Bei der eingehenden Erörterung der Streitfrage wurde zunächst die Frage der Entlassungen derjenigen Arbeiter, die Betriebsratsmitglieder sind, besprochen, wobei sich zwischen beiden Parteien die Frage als strittig zeigte, ob diese Arbeiter überhaupt als Betriebsratsmitglieder anzusehen sind oder nicht. Vom Vorsitzenden wurde hierzu auf die Bestimmungen der §§ 93, 94 und 103 BGG sowie die zu letzterem ergangenen Ausführungsbestimmungen, wonach der Gewerbeinspektor die für die Entscheidung solcher Streitigkeiten zuständige Stelle ist, hingewiesen und ferner auch auf die Vorschrift des § 96 BGG aufmerksam gemacht, nach der die Zustimmung der Betriebsvertretung zu einer rechtsgültigen Kündigung eines Mitgliedes derselben ein gesetzliches Erfordernis ist und die fehlende Zustimmung nur durch einen dahin lautenden Spruch des Schlichtungsausschusses, der vom Arbeitgeber zu beantragen ist, ersetzt werden kann. Letzteres ist in vorliegendem Falle nicht geschehen und somit eine Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses in dieser Frage nicht gegeben. Es bleibt für die hierbei in Frage kommenden Arbeiter die Möglichkeit, den ordentlichen Rechtsweg zu beschreiten, und somit auch für den Schlichtungsausschuß nur noch die andere strittige Frage zu prüfen, ob die nach § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 vorgeschriebene Reihenfolge bei der Bornahme der Entlassungen eingehalten ist. Der Schlichtungsausschuß schließt sich dieser Ansicht des Vorsitzenden an. Der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes will nun die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses nach § 74 in Verbindung mit § 66 Abs. 3 des BGG herleiten. Auch auf diese Weise hält jedoch der Schlichtungsausschuß seine Zuständigkeit nicht für begründet, da die Voraussetzung des 29 Abs. 3 des BGG, wonach die Anrufung des Schlichtungsausschusses erst zulässig ist, wenn mit dem Arbeitgeber die strittige Angelegenheit verhandelt worden ist, nicht gegeben ist. Nach eingehender Beratung verkündete dann der Vorsitzende folgenden

#### Schiedsspruch:

„Die von der Firma Gebr. Voigtlaender ausgesprochenen Kündigungen bestehen zu unrecht, da bei der Auswahl der zu entlassenden Arbeitnehmer die Vorschriften des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 nicht beachtet worden sind. Der Firma wird daher aufgegeben, alsbald die Reihenfolge der zu entlassenden Arbeiter nach erneuter Prüfung festzulegen und zwar unter Beachtung der vorgenannten Vorschriften. Hierbei hat sich die Firma, da es sich um Entlassung einer größeren Zahl von Arbeitnehmern handelt, gemäß den Bestimmungen des § 74 des BGG mit dem Betriebsrat ins Benehmen zu setzen.“

#### Gründe:

Bei der Prüfung der Reihenfolge der Entlassungen, bei der die sozialen Verhältnisse der einzelnen gekündigten Arbeiter erörtert wurden, ist festgestellt worden und von der Firma unbestritten geblieben, daß unter den gekündigten, vom Metallarbeiterverband namhaft gemachten Arbeitern sich mehrere verheiratete oder alleinstehende Arbeiter befinden, wogegen im Betrieb zur Zeit noch eine Anzahl unverheirateter Arbeiter, die die gleiche Arbeit verrichten wie die ersteren, tätig sind. Ferner wurde festgestellt, daß in dem Betriebe noch etwa 50 Arbeiter voll und rund 110 Arbeiter in gekürzter Arbeitszeit beschäftigt werden. Nach Vorstehendem hat der Schlichtungsausschuß die Ueberzeugung gewonnen, daß die Vorschriften des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 über die Reihenfolge der Entlassungen nicht beachtet worden sind und deshalb wie geschehen zu erkennen war. gez. B. A. Heim. gez. Falke.“

Dieser Vorgang ist so recht geeignet, uns an einem Beispiel aus der Praxis die bedeutungsvolle Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder klar erkennen zu lassen. So kann vor allem auch in der gegenwärtigen Krisenzeit der Betriebsrat zu einem großen Teile die Arbeitslosigkeit mit Steuern helfen, wenn er nur auf dem Posten ist und mit Weisheit und Ausdauer seine zumeist mühevollen und verantwortungsvollen Tätigkeit entfaltet.

### Allgemeine Rundschau.

#### Der 13. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V.

Am 25. und 26. Juli fand in Bielefeld die diesjährige Verbandstagung des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine statt. Aus allen Ecken Deutschlands waren die Genossenschaftler herbeigeeilt. Vertreten waren auch Verbände der Arbeiter, der Beamten, der landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie zahlreiche Behörden und Ministerien. Die Reichsregierung war vertreten durch Herrn Ministerialrat Westig vom Reichswirtschaftsministerium. Unter den Teilnehmern befanden sich auch die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates Otto-Düsseldorf, Bötz-Berlin, Rothmeier-München, Biffels-Essen und Cammann-Düsseldorf. Reichstagsabgeordneter Schlaich eröffnete als Verbandsdirektor die Versammlung und begrüßte Delegierte und Gäste. Den Verbandsbericht erstattete der stellvertretende Direktor Franz Müller-Düsseldorf-Neisholz. Im Anschluß an den

Benutze die Zeit, laß sie nicht vergehn, Vorwärts tracht', und bleib nicht stehn. Alter Spruch von 1751.

### Wandlungen im englischen Gewerkschaftswesen.

Für die englischen Gewerkschaften bedeutet der große Krieg ohne Zweifel eine starke Belastungsprobe. Durch die englische Kriegswirtschaft und die diese regelnde Gesetzgebung wurden nicht nur veraltete englische Gewerkschaftsgebräuche außer Kraft gesetzt, sondern wurde auch tief in das Wesen und in den inneren Aufgabenkreis der Gewerkschaften bestehende Funktionen derselben eingegriffen. Die Folge davon war eine starke Unzufriedenheit der Mitglieder mit den gegen diese Eingriffe so gut wie ohnmächtigen Führer und das Aufkommen einer Art von Betriebsräten, die sich ihrerseits wieder für größere Bezirke zusammenzuschließen und neben den offiziellen Instanzen der Gewerkschaften oder gar diese kreuzend einberufen. Das Streben der englischen Arbeiterwelt ist nunmehr nach Beendigung des großen Krieges nicht nur darauf gerichtet, ihre alten Rechte wieder herzustellen, sondern den Machtbereich und die Reichweite ihrer Organisationen noch zu erweitern, wobei sich Gewerkschaftsverbände Parallelen zu den Gewerkschaften wie auch jenseits des Kanals zeigen. Hier wie dort offenbart sich sich das Streben der Gewerkschaften, einen immer größeren Einfluß auch unmittelbar auf Betrieb und Erzeugung zu gewinnen. Die Berufsorganisationen werden so zu Instanzorganen, die der Wirtschaft wie der Gesellschaft der Zukunft Form und Wesen hervorzuheben mitbestimmen. Um so wichtiger ist es, den Wandel und Wandlungen dieser Organisationsform genau zu verfolgen. Für England ermöglicht die folgende Tabelle die Geschichte des englischen Gewerkschaftswesens der Schwelger W. B. B., die bis auf das Jahr 1866 zurückreicht und umgekehrt die jüngsten bedeutungsvollen Jahre bis 1920 in sich begreift. Ein Aufsatz von West (1920, 4) des Reichsarbeitsblattes bringt eine ausführliche Beschreibung dieses

nicht nur für die Kenntnis des englischen Gewerkschaftswesens sondern des Gewerkschaftswesens überhaupt grundlegenden Wertes. Danach haben die letzten zwanzig Jahre den Gewerkschaften ein gewaltiges Wachstum gebracht. Im Jahre 1892 betrug die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder etwa 1 1/2 Millionen oder 4 v. H. der erwachsenen männlichen Lohnarbeiter; für Anfang 1920 wird ihre Zahl auf über 6 Millionen geschätzt, was etwa 12 v. H. der Gesamtbevölkerung und 60 v. H. der männlichen Lohnarbeiter entspricht würde. Der größte Teil der Zunahme entfällt auf das letzte Jahrzehnt. Während sie von 1892-1910 rund eine Million betrug, hat sich die Zahl der Mitglieder in den letzten acht Jahren verdoppelt. Das Gewerkschaftsvermögen hat sich mit über 15 Millionen Pfund Anfang 1920 gegenüber 1890 verdreifacht.

Gleichzeitig mit dem Wachstum der Gewerkschaften ging eine starke Bewegung zum Zusammenschluß innerhalb der Gewerkschaftswelt einher, die vornehmlich in den letzten Jahren außerordentliche Fortschritte gemacht hat. Teils haben sich bisher rivalisierende Gewerkschaften verschmolzen, teils sind Federationen zwischen Gewerkschaften derselben Industrie, aber verschiedener Berufe, abgeschlossen worden, wodurch der Uebergang zum Industriebund erleichtert worden ist. Typisch für diese neuerliche Bewegung sind die großen Verbände der Eisenbahner, Bergarbeiter und Transportarbeiter, die heute die führenden Organisationen in der Gesamtbewegung sein dürften. Für die englische Wirtschaft aber sind entscheidend die Wandlungen, die sich in den leitenden Gedanken der Gewerkschaftspolitik vollzogen haben. Der Aufstieg in dem Organ des Staatlichen Reichsamt kennzeichnet diese ganz richtig dahin, daß nach den Lehren der letzten Jahre der Sozialismus in seiner parlamentarischen Fälschung keinen Boden in England hat; dagegen hat sein Kerngedanke, der Gedanke der Selbstverwaltung der Industrie durch die in ihr als Hand- oder Kopfarbeiter Tätigen Wurzel geschlagen. Die Vertreter dieser Richtung bezeichnen sich als Sozialisten. Der Grundgedanke ihrer Lehren läßt sich dahin zusammenfassen, daß sie, um die Fehlschlüsse der früheren Produktionsgenossenschaften ebenso wie die Starbeit eines rein bürokratischen Staatssozialismus zu vermeiden, zwar die

Produktionsmittel verstaatlichen, den Betrieb selbst aber Organisationen der Kopf- und Handarbeiter übertragen wollen, wobei gleichzeitig Einrichtungen zur Wahrung der Konsumenteninteressen vorgesehen werden. Den stärksten Widerhall hat der Sozialismus bisher bei den Bergleuten, den Eisenbahnern und den Postangestellten gefunden, die in den letzten Jahren wiederholt ihren Willen nach einem Anteil an der Betriebsführung kundgegeben haben, der über die Mitwirkung bei Regelung der Arbeitsbedingungen hinausgeht. Mit großem Nachdruck wird die Ausschaltung des kapitalistischen Unternehmers gefordert. Die sogenannten Whitley-Councils, Arbeitsgemeinschaften, die den Arbeitnehmern gemeinsam mit den Unternehmern einen Anteil an der Ordnung der einzelnen Betriebe und an der Verwaltung der Industrie einräumen, werden nicht als befriedigende Lösung angesehen.“

Diese Darstellung trifft unseres Erachtens im wesentlichen nur für die mehr radikal orientierten Gewerkschaften des sogenannten Dreiverbandes, die Bergarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner zu, die den industriellen Arbeitsgemeinschaften allerdings weniger freundlich gesinnt sind. Dagegen ist der Gedanke beruht in anderen Gewerkschaften in einem starken Fortschreiten begriffen. Für die Demokratisierung und Kontrolle der Wirtschaft in England sind aber nicht bloß die Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Führer entscheidend, sondern hier spricht sehr wesentlich auch ein Faktor mit, den die alte Gewerkschaftsbewegung nicht kannte, den jedoch die Weisheit in der neuen Auflage ihrer Schrift als die Tatsache hervorheben, daß die Bewegung sich mit einer völlig neuen politischen Organisation versehen hat, die sich auf ganz Großbritannien erstreckt, durch weitreichende, in einem umfassenden Programm des sozialen Wiederaufbaues niedergelegte Ideen geleitet wird, und die bereits die Stellung von seiner Parteiopposition verlangt und jetzt die Unparteilichkeit auf seiner Partei Regierung geltend macht. — Es ist das Emporsteigen der englischen Arbeiterpartei als einer entscheidenden dritten großen Partei neben den bisherigen beiden hauptsächlich konserverativen und liberalen Parteien, das dem England nach dem Kriege ein neues Gesicht verleiht und auf seine künftige Entwicklung von maßgebendem Einfluß sein wird.



Geberverband schloß sich eine lebhaftige Ansprache. Anschließend hieran sprach Kollege Müller über das Thema: „Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Faktoren des öffentlichen Lebens.“

Kottbus. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe fand am Sonnabend, den 24. Juli, in unserem Versammlungsorte statt. Nach der Erklärung, daß Kasse, Bücher und Belege geprüft worden seien und sich alles in bester Ordnung befinden habe, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Krefeld. Am 21. Juli fand im oberen Lokale der Niederrh. Arbeiterunion die vierteljährliche Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Sie wurde gegen 7 1/4 Uhr vom Vorsitzenden Kollegen Esser eröffnet und wies einen guten Besuch auf.

Kalkfeld. Am 23. Juni fand im Saale Hotel zur Post eine Versammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes statt. Zur Tagesordnung kamen folgende Punkte: 1. Wichtigkeit der Organisation.

Langesfeld. Die hiesige Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 13. Juli, wiederum eine große Heerschau ab. Mit und Jung hatten sich zu einem großen Gewerkschaftsfest zusammengefunden. Der Vorsitzende konnte mit Recht in seiner Begrüßungsansprache sagen, daß sich die Mitglieder reiflich mit ihren Familien eingefunden, um nochmals im trauten Kreise einige frohe Stunden zu erleben.

Auch den Darbietungen des Posaunenchores des evangl. Männer- und Junglingsvereins, des Vereins junger Mädchen, des Männerchores, des Männer- und Junglingsvereins, der Turnabteilung, des Gitarrenchores und zum Schluß der Kolleginnen der Ortsgruppe sei gedacht, die durch einen wunderschönen Reigen die Anwesenden zu fesseln wußten.

Auch an die Worte, die der Kollege Büchsenstüb, Barmen, an die Versammelten richtete, sei hier erinnert. Derselbe wies auf die Verhandlungen in Spa hin und forderte alle Anwesenden auf, energisch dagegen zu protestieren, daß der deutsche Arbeiter zum Lohnsklaven des ausländischen Kapitalismus herabgedrückt werden soll.

Zum Schluß dankte der Kollege Rehrmann allen Mitwirkenden für ihre rege Tätigkeit, forderte alle Anwesende auf, das Gesehene zu beherzigen und sich stets als christliche Gewerkschaftler zu zeigen.

Langesfeld i. Bogtl. Kollege Weicher freigesprochen! Der Gardinenfabrikant Hermann Eiser hatte gegen unsern Kollegen Weicher aus Greiz Privatklage erhoben, weil Kollege Weicher bei einer kommissarischen Vernehmung in einer Strafsache Günthel gegen Geher auf Befragen des ihn vernehmenden Amtsrichters erklärte:

„Ich bin der Uebersetzung, daß es der Beklagte (Geher) mit der Wahrheit nicht genau nimmt. Ich bin sogar der Ansicht, daß er mich schon einmal selbst belogen hat — das geht nicht zu dieser Sache — auf Erfordern bin ich aber bereit, darüber Auskunft zu geben.“

Am 28. Juni fand Termin vor dem Amtsgericht Greiz statt, während schon vorher Zeugenvernehmungen vor dem

Amtsgericht in Langesfeld stattgefunden hatten. Das Gericht erachtete die Beweisführung des Kollegen Weicher für genügend und sprach ihn frei. Die Kosten fielen dem Kläger zur Last. Seine oben bezeichnete Anfechtung begründete Kollege Weicher damit, daß Geher eine Entlastungsbekundung für die Kollegin Günthel, die er ausgestellt hatte, verschwiegen hat.

Reichenau i. S. Eine befehlende Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe fand am 15. Juli statt. Kollege Goldberg aus Zittau berichtete über den Steuerabzug und die Erwerbslosenfürsorge. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

Reichenbach (Schlesien). Blinder Eifer schadet nur! Im April sollten bei der Firma G. u. S. Postpischel in Langenbielau die Betriebsratswahlen getätigt werden. Die freigewerkschaftlich organisierten Textilarbeiter hatten sich in den alleinigen Besitz der Betriebsratsbefugnisse bringen wollen.

Gemäß dem Wahlauschreiben für die Betriebsratswahlen war der 13. Juli als Wahltag vorgesehen. Das Wahlauschreiben hat vom 21. Juni bis 15. Juli vorchriftsmäßig ausgegangen. Für die Wahl selbst waren zwei Wahlvorschläge eingereicht worden.

Nun konnten die Genossen den 13. Juli nicht erwarten. Am 12. Juli trat der Vorsitzende des Wahlausschusses an die christlichen Gewerkschaftler heran mit dem Ersuchen, die Wahl schon an diesem Tage vorzunehmen.

Welche Freude bei den Genossen. Nun sollten sie die Herren im Betriebe sein. Doch dürfte diese Freude recht bald zu Wasser werden, denn am 13. Juli, dem laut Wahlauschreiben vereinbarten Wahltag, wählten die Christlichen. Es wurden insgesamt 14 Stimmen für die christliche Liste abgegeben.

Wenn die Genossen nun einmal etwas über die getätigten Wahlen nachdenken, so werden sie wohl doch erkennen, daß sie recht voreilig waren und infolgedessen einen zweiten Reinsfall erlitten haben, der jedoch schlimmer ist als der erste.

Wir sind sicher, daß die Genossen wieder mit Ausreden und Einwänden kommen und über das Verhalten der Christlichen aus dem Häuschen fahren werden. Aber das ändert an der Sache nichts. Sie haben ja das Wahlauschreiben genau so lange lesen können wie die Christlichen und hätten es nur zu beachten brauchen, dann wären sie besser gefahren.

Sommerfeld. Die am 16. Juli stattgefundene Mitgliederversammlung hätte besser besucht sein können. Der Vorstand erwartet, daß sich unsere Mitglieder in Zukunft zahlreicher an den Versammlungen beteiligen, als dies das letzte Mal der Fall war.

Wenn der Vorstand sich bemüht, einen auswärtigen Kollegen für die Versammlung zu gewinnen, daß auch jedes Mitglied sich moralisch für verpflichtet hält, die Versammlung zu besuchen, damit der Redner nicht vor einer kleinen Anzahl von Mitgliedern zu sprechen braucht.

Briefkasten der Schriftleitung.

Kollege M. in N. Deine Wünsche konnte ich nicht in allen Fällen erfüllen. Man soll aber auch in Zukunft an die Briefe nicht beiläufig. Bei sachlichen Ausprüfungen er fällt man den Brief viel eher. Besonders mit jenen Leuten muß man recht vorsichtig umgehen.

Kollegin R. in S. Es ist dein Wunsch, die Berichte über Verhandlungen, Verhandlungen und ähnliche Einwirkungen mit den frühzeitiger veröffentlicht werden wollen befreit. Die Berichtspäter können selbst zu ihrem Teile dazu mitbeitragen, wenn sie nämlich Berichte dieser Art nur

durch den Bezirksleiter an uns gelangen lassen. Dadurch wird nicht nur allein Zeit gewonnen, sondern auch Porto erspart, weil sich dann Rückfragen bezüglich notwendiger Feststellungen erkräftigen.

In mehrere Einzeiler: Ganz recht, wenn Versammlungsberichte, dann aber kurze. In der Kürze liegt die Würze.

Besondere Bekanntmachungen.

Zur besonderen Beachtung für die Ortsgruppenvorstände!

In der Nr. 31. unserer Textilarbeiter-Zeitung vom 31. Juli ds. Js. veröffentlichten wir an der Spitze des Blattes einen aufklärenden Artikel, überschrieben: „Von unseren christl. Gewerkschaftszeitungen.“

Verbandsbezirk Barmen-Krefeld.

Die ordentliche Bezirkskonferenz für den Verbandsbezirk Barmen-Krefeld findet am 11. und 12. September in Barmen, Lokal „Bürgergesellschaft“, statt.

Die Ortsgruppen werden gebeten, gemäß § 26 des Statuts die erforderlichen Wahlen vorzunehmen. Die Namen und Adressen der Delegierten sind bis spätestens 1. September dem Unterzeichneten mitzuteilen.

Mit Verbandsgruß!

Joh. Müller, Bezirksleiter.

Versammlungskalender.

- Cottbus. 28. August, 6 1/2 Uhr im Königs-Bier-Haus Monatsversammlung.
Greiz (Bogtl.). 28. August, 1/8 Uhr im „Felsenkeller“ Mitgliederversammlung.
Langesfeld (Bogtl.). 21. August, 1/8 Uhr im „Casino“ Mitgliederversammlung.
Döhr. 14. August, abends 8 Uhr bei Hermanns Quartals-Generalversammlung.

Inhaltsverzeichnis.

Was ist Mut? — Artikel: Erschreckende Ziffern über die Ernährungslage Deutschlands. — Unsere Verbandsjahrgänge. — Eine beachtenswerte Entscheidung für Betriebsräte. — Feuilleton: Wandlungen im englischen Gewerkschaftswesen. — Allgemeine Rundschau: Der 13. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. B. — Landwirtschaft gegen die Preisüberhöhung. — Telefonanleihe und Deutsche Volksversicherung. — Aus unserer Industrie: Eine Aufklärungsaktion in Sachsen. — Krise in der elbischen Textilindustrie. — Aus unserer Bewegung: Wandbewegungen in der Krefelder Textilindustrie. — Erste Lage der Textilindustrie in der Niederlausitz. — Berichte aus den Ortsgruppen: Derschlag. — Kottbus. — Krefeld. — Kalkfeld. — Langesfeld. — Langesfeld i. Bogtl. — Reichenau i. S. — Reichenbach (Schlesien). — Sommerfeld. — Briefkasten der Schriftleitung. — Besondere Bekanntmachungen. — Verbandsbezirk Barmen-Krefeld. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Düsseldorf 53, Nordstraße 7.